

Kinder und Jugendliche vor dem Schuljahr 2022/2023: Schulschließungen vermeiden, psychisches Wohlbefinden stärken, Kinderrechte absichern

Im August und September beginnt für viele Schülerinnen und Schüler in Deutschland das vierte Schuljahr, das von der Covid-19-Pandemie beeinträchtigt ist. Bund und Länder haben versichert: Nach Jahren mit immer wieder eingeschränkten Präsenzzeiten sollen Kinder in Deutschland nun durchgängig und zuverlässig in die Schulen und auch in die Kindertagesstätten gehen können. Schon jetzt lässt sich absehen, dass umfangreiche Maßnahmen notwendig sind, um dieses Versprechen umzusetzen. Gleichzeitig rechnen Expert*innen mit einer neuen Welle von Corona-Infektionen ab Herbst 2022.

Neben dem Schutz vor einer Infektion mit dem Covid-19-Erreger sind weitere für Kinder und Jugendliche relevante Gesichtspunkte in die Debatte und in die zu treffenden Entscheidungen einzubeziehen. So hat sich gezeigt, dass das Wohlbefinden vieler Kinder und Jugendlichen in der Pandemie deutlich beeinträchtigt wurde. Psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland haben durch die Pandemie zugenommen. UNICEF Deutschland fordert von Bund, Ländern und Kommunen deshalb, das psychische Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen zu schützen und zu stärken. Dazu müssen Kita- und Schulschließungen vermieden und die psychischen Folgen der Pandemie verarbeitet werden.

Darüber hinaus sollte die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern eine langfristige Strategie entwickeln und umsetzen, um die Rechte von Kindern und Jugendlichen in Deutschland robuster abzusichern. Ihre Interessen, Stimmen und Perspektiven müssen in den politischen Entscheidungsprozess einfließen und prioritär gewichtet werden. Zu den notwendigen Maßnahmen gehören die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz, ein verbessertes Monitoring und Beschwerdemanagement für Kinderrechte, niedrigschwellige flächendeckende Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen sowie eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen zum Wohl der Kinder und Jugendlichen in Deutschland.

Kitas und Schulen müssen unterstützt werden

Seit März 2020 wurden Kitas und Schulen immer wieder zur Bekämpfung der Pandemie geschlossen. Zahlen der UNESCO zeigen, dass die Schulen in Deutschland insgesamt für 38 Wochen (teilweise) den Präsenzunterricht eingestellt hatten – wesentlich länger als z. B. in Frankreich (12 Wochen) oder Spanien (15 Wochen).¹ Die Corona-Kita-Studie hat ergeben,

¹ UNESCO. „Education: From Disruption to Recovery“. <https://web.archive.org/web/20220320090818/https://en.unesco.org/covid19/educationresponse>.

dass im März zeitweise knapp zehn Prozent aller Kitas infektionsbedingt geschlossen waren.² Die Schließungen wurden immer wieder kritisiert, von Kindern und Jugendlichen selbst, Eltern, Expert*innen, von UNICEF³ und zuletzt auch von den Bundes- und Landesbildungsminister*innen. In den zurückliegenden Monaten wurden Schließungen auch in Deutschland nicht mehr als Mittel der Pandemiebekämpfung eingesetzt. Zum Ende des Schuljahres 2021/2022 waren in allen Bundesländern die Schulen grundsätzlich im Präsenzbetrieb geöffnet.

In den kommenden Monaten drohen jedoch unter Umständen erneute Kita- und Schulschließungen. Der Expert*innenrat der Bundesregierung geht von einer weiteren Welle mit vielen Corona-Infektionen aus. Vor allem jüngere Kinder und ihre Eltern werden demnach belastet sein.⁴ Auch der Fachkräftemangel im Kita- und Grundschulbereich sowie der Lehrer*innenmangel könnte, bedingt durch die Erkrankung von Fachkräften und Lehrer*innen, zu erneuten Schließungen von Kitagruppen und Schulen führen. UNICEF befürchtet, dass Kinder und Jugendliche mit ihren Bedarfen und Rechten bei einer weiteren Infektionswelle erneut zu wenig berücksichtigt werden könnten.

Empfehlungen

- Bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen sollten die Gesundheit und das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen die oberste Priorität für Politik und Gesellschaft sein.
- UNICEF empfiehlt, dass Kitas und Schulen geöffnet bleiben. Vertreter*innen des Bundes und der Länder haben zuletzt immer wieder versichert, dass Schließungen im Herbst und Winter vermieden werden sollen. Derzeit sehen die Entwürfe zu gesetzlichen Regelungen keine Schulschließungen vor. Damit dieses Vorhaben umgesetzt werden kann, müssen Vorbereitungen für den Herbst und Winter getroffen werden. Für mögliche Engpässe im Gesundheitssystem, beim Lehrpersonal oder beim Infektionsschutz in den Kitas und Schulen muss schon jetzt Vorsorge getroffen werden. Dazu gehört, dass Strategien zum Umgang mit hohen Infektionszahlen für die Planung des Schul- und Kitaalltags sowie passende Hygienekonzepte weiterentwickelt und mit ausreichendem zeitlichen Vorlauf kommuniziert werden. Die digitale, bauliche und personelle Ausstattung der Schulen sollte in einem ersten Schritt konkret überprüft und darauf aufbauend gezielt verbessert werden.
- Programme wie das auslaufende Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" sollten geprüft und gezielt weiterentwickelt werden. Der Aufholbedarf vieler Kinder und Jugendlicher ist weiterhin hoch. Die Ständige wissenschaftliche Kommission der KMK wies schon im vergangenen Jahr darauf hin, dass die eingesetzten Mittel nicht ausreichen, um die Folgen der Pandemie bei Kindern zu kompensieren.⁵ Es bedarf weiterer wirkungsvoller Investitionen, damit Kinder und Jugendliche bei der Verarbeitung der Folgen der Pandemie unterstützt werden.

² Autorengruppe Corona-KiTa-Studie. „7. Quartalsbericht der Corona-KiTa-Studie (II/2022)“. München: Deutsches Jugendinstitut, 2022. <https://corona-kita-studie.de/quartalsberichte-der-corona-kita-studie>.

³ Siehe z.B. <https://www.unicef.org/press-releases/schools-more-168-million-children-globally-have-been-completely-closed>; UNICEF Deutschland, Kinder und Jugendliche in den Fokus. Schlussfolgerungen aus zwei Jahren Covid-19 Pandemie in Deutschland, 2022.

⁴ Corona ExpertInnenrat der Bundesregierung, „Pandemievorbereitung auf Herbst/Winter 2022/23. 11. Stellungnahme des ExpertInnenrates der Bundesregierung zu COVID-19“.

⁵ Ständige wissenschaftliche Kommission der KMK (StäwiKo). „Pandemiebedingte Lernrückstände aufholen – Unterstützungsmaßnahmen fokussieren, verknüpfen und evaluieren“, 2022.

- Einige Kinder und Jugendliche sind besonders von den Folgen der Pandemie betroffen und werden bisher zu wenig unterstützt. Dazu gehören z. B. Kinder mit Fluchthintergrund, von Obdachlosigkeit betroffene Kinder oder Kinder, die in einer Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe leben. Besonders betroffen sind auch Familien mit Kindern mit Vorerkrankungen oder Behinderungen, für die bei einer Infektion ein besonders hohes gesundheitliches Risiko besteht. Für diese Kinder und mit ihnen müssen auf ihre Bedürfnisse und Lebenslagen ausgerichtete Strategien entwickelt werden, wie die Folgen der Pandemie gelindert werden können.
- Kinder haben ein Recht auf Bildung von Anfang an, unabhängig vom Bestehen einer Schulpflicht, dem Aufenthaltsstatus und der Länge des Aufenthalts. Vor dem Hintergrund des aktuellen Kriegs in der Ukraine ist es besonders wichtig, Schulen finanziell und personell ausreichend auszustatten. Alle Kinder in Deutschland – einschließlich neu aus der Ukraine oder anderen Teilen der Welt ankommender Kinder – müssen ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können.
- Die Vorhaben können nur gelingen, wenn alle Betroffenen einbezogen werden. UNICEF empfiehlt, dass Kinder und Jugendliche als Expert*innen für ihre eigenen Belange anerkannt werden. Konzepte zur Bewältigung der Pandemie werden nur dann erfolgreich sein, wenn sie unter Einbeziehung von Kindern erstellt und mit ihnen gemeinsam kindgerecht umgesetzt werden.

Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in den Fokus rücken

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist weltweit ein wichtiges Thema. Die UNICEF-Studie „On My Mind“ zeigte, dass schon vor der Pandemie ein beträchtlicher Teil der Mädchen und Jungen psychisch belastet war. Schätzungsweise jeder siebte junge Mensch zwischen zehn und 19 Jahren weltweit lebte mit einer diagnostizierten psychischen Beeinträchtigung oder Störung.⁶

Die Pandemie hat die Lage weiter verschärft. Studien haben Schulschließungen und häusliche Quarantäne klar als Ursachen für Angst und Einsamkeit bei Jugendlichen mit negativen Auswirkungen auf das soziale und Schlafverhalten der Kinder sowie ihr psychisches Wohlbefinden identifiziert. Aber auch die in der Pandemie zunehmend hohe psychische Belastung vieler Eltern und familiäre Streitereien wirkten sich negativ auf die psychische Gesundheit von Kindern aus.⁷ Einer aktuellen Studie zufolge geben 46 Prozent der jungen Menschen zwischen 14 und 29 Jahren an, dass sich ihre psychische Gesundheit durch die Pandemie verschlechtert hat.⁸

Schon vor der Pandemie bestanden im Bereich der psychischen Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland erhebliche Versorgungslücken und -probleme, z. B. Schnittstellenproblematiken⁹ zwischen beteiligten Leistungserbringer*innen, die Zugangswege zu geeigneten Behandlungsmaßnahmen erschweren, regionale Unterschiede hinsicht-

⁶ UNICEF, Hrsg. On My Mind: Promoting, Protecting and Caring for Children’s Mental Health. The State of the World’s Children 2021. New York, NY: UNICEF, 2021.

⁷ Sachverständigenausschuss nach § 5 Abs. 9 IFSG. „Evaluation der Rechtsgrundlagen und Maßnahmen der Pandemiepolitik“, 2022.

⁸ Schnetzer, Simon, Hurrelmann, Klaus. Jugend in Deutschland – Trendstudie Sommer 2022. Jugend im Dauerkrise-Modus: Klima, Corona, Krieg. Datajockey Verlag, Kempten, 2022.

⁹ Gerade bei Kindern, die sich während der Pandemie in wichtigen Übergangsphasen befanden treten Versorgungsprobleme auf. Angebote der Frühförderung enden z. B. beim Übergang in die Schule. Auch an den sozialrechtlichen Schnittstellen bestehen weiterhin Probleme (z. B. zwischen SGB VIII und SGB IX bzw. SGB XII).

lich der Verfügbarkeit und ein genereller Mangel passender und erreichbarer Versorgungsangebote. Dies betrifft insbesondere Kinder mit Missbrauchs- und Misshandlungserfahrungen, anderen belastenden Kindheitserfahrungen, wie beispielsweise das Aufwachsen mit suchtkranken oder psychisch kranken oder inhaftierten Eltern, Kinder mit (multiplen) Behinderungen oder Kinder in Hochrisikokonstellationen, in deren Familien mehrere solcher Lebenslagen zusammenkommen.¹⁰

Empfehlungen:

- UNICEF empfiehlt Bund, Ländern und Kommunen, die Anstrengungen zum Schutz und zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen.
- Das Versorgungssystem für Kinder und Jugendliche sollte dringend in enger Zusammenarbeit mit Expert*innen weiterentwickelt werden. Zu adressierende Probleme sind beispielsweise Schnittstellenproblematiken bei Kindern und Jugendlichen in Übergangsphasen, fehlende digitale Angebote, Angebote zur Verbesserung der psychischen Situation und Versorgung von Familien, Kindern und Jugendlichen in Folge der Corona-Pandemie sowie ein Monitoring zu Gewalt an Kindern.
- Es bestehen national und international diverse Beispiele guter Praxis, auf denen Politik und Verwaltung in Zusammenarbeit mit Fachexpert*innen sowie Kindern, Jugendlichen und ihren Familien aufbauen können. Diese Erfahrungen sollten ausgewertet und gezielt übertragen werden.
- Die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen dem Bundesgesundheits- und dem Bundesfamilienministerium kann dazu genutzt werden, diese Informationen nutzbar zu machen und den Themenkomplex der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland zu koordinieren.
- Das Angebot an psychologischer und sozialer Betreuung an Schulen sollte, insbesondere unter der Berücksichtigung geflüchteter Kinder und Jugendlicher, erweitert werden, ggf. ergänzt durch Angebote in den wichtigsten Fremdsprachen.
- Darüber hinaus ruft UNICEF dazu auf, das Schweigen um das Thema psychische Gesundheit zu brechen, Stigmatisierung zu überwinden und die Erfahrungen und Sorgen der Kinder und jungen Menschen ernst zu nehmen.

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen in Deutschland langfristig absichern

Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig es ist, dass Kinderrechte strukturell und langfristig abgesichert werden. Das Wohlbefinden und die Rechte von Kindern und Jugendlichen wurden während der Pandemie zu wenig berücksichtigt. Das liegt auch daran, dass die in der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften Kinderrechte noch immer nicht im Grundgesetz stehen.¹¹ Außerdem fehlen in Deutschland nach wie vor Strukturen, um die Kinderrechte und die Perspektive von Kindern und Jugendlichen in Politik und Verwaltung zu verankern.

¹⁰ Fegert, Jörg M., Gossmann, Emily, Hofmann, Sophie, Clemens, Vera. Herausforderung psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. In: UNICEF Deutschland. 30 Jahre UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland – Eine Bilanz. Köln, 2022.

¹¹ Für eine Bilanz nach 30 Jahren UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland siehe www.unicef.de/informieren/materialien/30-jahre-kinderrechtskonvention/265966

Empfehlungen:

- UNICEF Deutschland fordert, die in der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften Kinderrechte wie geplant im Grundgesetz zu verankern. Die Rechte von Kindern und Jugendlichen müssen künftig bei Gesetzgebungsverfahren strukturell berücksichtigt werden.
- UNICEF Deutschland fordert, dass Kinder und Jugendliche als Expert*innen für ihre eigene Situation und ihre Belange anerkannt werden. Sie sollten umfassend und strukturiert zu allen Angelegenheiten gehört werden, die sie betreffen. Dies erfordert Strukturen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. In diesem Kontext sollte der Nationale Aktionsplan zur Kinder- und Jugendbeteiligung möglichst rasch initiiert und zu Ergebnissen geführt werden.
- Kinder brauchen auch in Krisenzeiten eine wirkungsvolle Interessensvertretung, die sich bundesweit für ihre Rechte einsetzt. UNICEF Deutschland fordert deshalb, das Amt eines/einer Bundeskinderrechtsbeauftragte*n sowie von Beauftragten auf Länderebene einzuführen.
- Um Kinderrechte abzusichern, sollte im Anschluss an die Empfehlung des UN-Ausschusses an die Bundesregierung, eine „unabhängige Menschenrechtsinstitution auf Bundesebene“ einzurichten, ein dauerhaft finanziertes, wirksames und unabhängiges Monitoring der Kinderrechte eingerichtet werden. Dieses sollte neben Datenerhebung und Beschwerdemanagement auch die politische Bewertung der Umsetzung der Kinderrechte beinhalten.
- Das kindliche Wohlbefinden¹² sollte die Grundlage einer evidenzbasierten Politik für Kinder, Jugendliche und Familien sein. Dafür muss Deutschland eine aktuelle, transparente und international vergleichbare Datenlage zum kindlichen Wohlbefinden schaffen.
- Um Kindern und Jugendlichen in Deutschland das Umfeld für ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen, ist es notwendig, dass die politischen Ressorts gemeinsame Strategien entwickeln und ihre Kraftanstrengungen ineinandergreifen. So können Lücken geschlossen werden und Maßnahmen langfristig mehr Wirksamkeit entfalten.

Zur Arbeit von UNICEF in Deutschland

- *Unterrichtsmaterial und Aktionen für Schulen:* UNICEF Deutschland stellt Lern-, Lehr- und Aktivitätsmaterialien zur Verfügung, z. B. für das Lernen von zu Hause oder zum Krieg in der Ukraine.
- *Forschungs- und Programmarbeit:* UNICEF arbeitet weltweit in vielfältigen Kontexten zum Thema psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sowie zum Thema Bildung. Einen Überblick bieten die Seiten www.unicef.org/on-my-mind sowie www.unicef.org/education.
- *Aufklärung, Advocacy und Jugendengagement:* UNICEF setzt sich auch in Deutschland politisch für die Rechte von Kindern und Jugendlichen ein. 8.000 Menschen engagieren sich in über 200 UNICEF-Gruppen für Kinderrechte.

Weitere Inhalte unter www.unicef.de/informieren/einsatz-fuer-kinderrechte

¹² Der von UNICEF mit entwickelte Ansatz des „Child Well-being“ geht davon aus, dass das Wohlbefinden von Kindern von unterschiedlichen Faktoren abhängt. Kinder und Jugendliche brauchen für ihre positive Entwicklung finanzielle Sicherheit, aber auch den Zugang zu Schulen als Sozialräume, gute Beziehungen zu Freundeskreis und Eltern, psychische und körperliche Gesundheit sowie den Schutz vor Gewalt und ein sicheres Lebensumfeld. UNICEF veröffentlicht regelmäßig Berichte und Studien zum Child Well-being, zuletzt „Kinder – unsere Zukunft. Kinder in Deutschland 2021“.

Stand August 2022

Kontakt:

UNICEF Büro Berlin

Leitung: Dr. Sebastian Sedlmayr

Ansprechpartner: Jan Braukmann

Schumannstraße 18

10117 Berlin

Tel 030-2758079-10

E-Mail bueroberlin@unicef.de